

16.02

Abgeordnete Mag. Martina Künsberg Sarre (NEOS): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Hohes Haus! Verehrte Zuseherinnen und Zuseher! Heute geht die dritte Woche Homeschooling zu Ende. Herr Minister, Sie haben vorhin gesagt, dass der Umstieg, der Wechsel gut funktioniert hat. – Ja, er hat dort gut funktioniert, wo es Eltern gibt, die ihre Kinder beim Lernen, beim Homeschooling unterstützen können und die über die notwendigen Mittel und Kanäle verfügen.

Wir wissen aber mittlerweile auch, dass dieses viel zitierte Social Distancing zunehmend zu einem größeren Learning Distancing führt. Wir wissen, dass rund 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler für ihre Lehrkräfte nicht erreichbar sind, und ich frage mich, was in den letzten drei Wochen unternommen wurde, um die Lehrerinnen und Lehrern darin zu unterstützen, an diese Kinder heranzukommen. Also nur festzustellen, wir wissen das – jetzt kommt Ostern, dann sind es vier Wochen, in denen manche Kinder nicht erreicht wurden –, ist ein bisschen zu wenig.

Der zweite Punkt, zu dem wir eine klare Ansage wollen, ist die Zukunftsperspektive Herbst. Was heißt das? – Es braucht eine klare Ansage und keine Verschiebung der Verschiebung der Verschiebung der Matura. Die jungen Leute, die von einem Tag auf den anderen nicht mehr gewusst haben, wann oder wie sie ihre Matura machen können, sind stark verunsichert. In einer Zeit, in der Verunsicherung oder Unsicherheit ohnedies schon ziemlich groß sind, ist das eher kontraproduktiv.

Es braucht eine klare Ansage oder ein klares Bekenntnis, wie es im Herbst weitergehen kann, eine Übergangsphase. Viele Eltern sind besorgt, dass es im Herbst ganz normal weitergeht, dass der Druck für ihre Kinder zu groß ist und dass diese nicht hinterherkommen. Ich weiß schon, dass in dem Gesetzentwurf steht, dass Lehrplaninhalte zwischen den Schuljahren anders verteilt werden können. Das ist uns aber zu wenig.

Sie haben vorhin davon gesprochen, dass es betreffend selbstständiges Lernen neue Erfahrungen gibt, dass E-Learning eine tolle Möglichkeit sei, die weitere Möglichkeiten eröffne. Diesbezüglich braucht es eine größere Flexibilität, Lernstoff auch weglassen zu können, in den Rahmenlehrplan hineinschauen und diesbezüglich Überlegungen anzustellen – es ist eine gute Gelegenheit zu fragen, ob das alles noch sinnvoll ist, so wie wir es machen – und vielleicht auch neue Inhalte aufnehmen zu können. Das Coronathema ist ein gutes Beispiel dafür.

Es braucht meiner Meinung nach auch Klarstellungen in Sachen Kindergarten. Also nur immer wieder zu wiederholen, dass nicht Sie, sondern die Länder und die Gemeinden zuständig sind, ist zu wenig. In dem Bereich gibt es ebenfalls eine starke Verunsicherung, wie es weitergeht.

Über eine weitere Gruppe und darüber, wie es ihr geht, ist überhaupt noch nicht gesprochen worden, nämlich Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wie geht es ihnen und wie geht es auch deren Eltern? Die wissenschaftliche Studie dazu ist schon angesprochen worden, das freut mich.

Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Wissenschaftliche Begleitung von Remote- und Home-Schooling“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, eine verpflichtende wissenschaftliche Begleitung inklusive stichprobenartiger Datenerhebung von Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen einzurichten, mit dem Erfolge und Verbesserungspotenzial insbesondere hinsichtlich e-Learning und e-Teaching in regelmäßigen Abständen abgefragt werden sollen. Des Weiteren soll erhoben werden, wie viele Schüler_innen derzeit mittels e-Learning bzw. e-Teaching nicht erreicht werden können und aus welchen Gründen.“

Dann habe ich noch ein Anliegen betreffend die Einbindung eines Vertreters, einer Vertreterin einer Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung in das SKKM und bringe deshalb folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Einbindung eines Vertreters/einer Vertreterin einer Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung in das SKKM“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung möge einen/eine fachlich fundierten/e Vertreter/in in das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) aufnehmen.“

Zum Schluss noch ein Punkt, der mir persönlich wirklich sehr am Herzen liegt: Es geht ja immer wieder – und wir haben es auch heute schon gehört – um die Maturantinnen und Maturanten. Wenn ich von der großen Angst höre und lese, dass die heurigen Maturantinnen und Maturanten, falls die Zentralmatura nicht so stattfindet wie geplant, als Coronajahrgang gelten werden oder ein Jahrgang zweiter Klasse sein werden, dann finde ich das richtig zynisch.

Das Gegenteil, glaube ich, wird der Fall sein: Es wird ein Jahrgang sein, der bis jetzt einerseits schon sehr viel geleistet und geschafft hat – bis zur achten Klasse oder zur fünften Klasse BHS – und der besonderen Respekt von uns verdient, weil diese jungen Leute unter widrigsten Umständen die Schule erfolgreich beenden werden – ob mit oder ohne Zentralmatura. – Danke. (*Beifall bei den NEOS.*)

16.07

Die Anträge haben folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Wissenschaftliche Begleitung von Remote- und Home-Schooling

eingebracht im Zuge der Debatte in der 22. Sitzung des Nationalrats über 3.Covid-19 Gesetz – TOP 2

Die Schließungen von Schulen im Zuge der Maßnahmen gegen die Verbreitung des SARS-CoV-2 Virus stellen Lehrpersonal, Eltern und Schüler_innen mitunter vor große Herausforderungen. Geschlossene Schulen erfordern von allen Beteiligten, neue, digitale Wege des Unterrichtens und Lernens zu erproben. Diese außergewöhnliche Situation ist daher in gewisser Weise auch als Chance zu verstehen, Lektionen aus den positiven und negativen Erfahrungen mit e-Learning, e-Teaching, Home-Schooling und Remote-Schooling für die Zukunft zu ziehen. Regelmäßige begleitende Datenerhebungen in dieser Phase des Lockdowns, in der Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern auf digitales Unterrichten und Lernen absolut angewiesen sind, können einen wesentlichen Beitrag für eine effiziente Digitalisierung des Bildungssystems in der Zukunft

leisten. Des Weiteren kann erhoben werden, welche Schüler_innen mit den derzeitigen Methoden zu Hause nicht erreicht werden können und warum.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, eine verpflichtende wissenschaftliche Begleitung inklusive stichprobenartiger Datenerhebung von Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen einzurichten, mit dem Erfolge und Verbesserungspotenzial insbesondere hinsichtlich e-Learning und e-Teaching in regelmäßigen Abständen abgefragt werden sollen. Des Weiteren soll erhoben werden, wie viele Schüler_innen derzeit mittels e-Learning bzw. e-Teaching nicht erreicht werden können und aus welchen Gründen.“

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Einbindung eines Vertreters/einer Vertreterin einer Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung in das SKKM

eingebracht im Zuge der Debatte in der 22. Sitzung des Nationalrats über den Antrag 402/A – TOP 2

Durch das 2. Covid-19-Gesetz und dem am 24.03.2020 vorgestellten Maßnahmenpaket zur Verhinderung der Pflegekrise wurden in einigen wesentlichen Punkten Initiativen gesetzt, um die drohenden negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf Menschen mit Behinderungen abzufedern. Lücken gibt es dennoch genug.

Menschen mit Behinderung trifft die Krise aber leider oftmals härter als Menschen ohne Behinderung. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die Kommunikation einwandfrei funktioniert um etwaigen, oftmals einfach unbedachten Fehlern, vorzubeugen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung möge einen/eine fachlich fundierten/e Vertreter/in das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) aufnehmen.“

Präsident Ing. Norbert Hofer: Beide Anträge sind ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und stehen somit in Verhandlung.

Zu Wort gelangt nun Katharina Kucharowits. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.